**Bezugspreis** für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 2.00 Mark, vierteljährlich 6.00 Mark, durch die Post 6.00 Mark ausschl. Zustellungsgebühr. Einzelnummer 15 Pf. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtl. Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Ferne. der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abtlg. Nr. 1142 u. 1418, der Bezugs-Abtlg. Nr. 1133; Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4609.

**Morgen-Ausgabe.**

# Saale-Zeitung

Dreiundfünfzigster Jahrgang.

**Anzeigen** werden d. 5gespalt. 34mm br. Millimeterzeile oder deren Raum mit 20 Pf. berechnet u. in unseren Annahmestellen u. allen Anzeigenexpeditionen angenommen. Reklamen die 92 mm br. Millimeterzeile 60 Pf. Anzeigen-Annahmeschluß vorm. 11 Uhr, für die Sonntags-Nr. abds. 6 Uhr. Abbestellungen, soweit zulässig, müssen schriftlich erfolgen. Erfüllungsort: Halle. Erscheint tägl. 2 mal, Sonntags 1 mal. Schriftleit. u. Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstell.: Markt 24 und Große Ulrichstr. 52.

Nr. 467. Halle, Sonntag, den 5. Oktober. 1919.

# Ultimatum an die Truppen im Baltikum.

## Zwei Befehle Noskes.

WTB. Berlin, 4. Oktober. Der Reichswehrminister hat folgende Befehle erlassen:

Erster Befehl. An das A. O. K. Nord:

Im Hinblick auf die verschärften Forderungen der Entente muß jede Rücksicht auf einen erneuten Einbruch der Bolschewisten in Lettland hinter der beschleunigten Räumung des Baltikums zurücktreten. Alle Angehörigen des sechsten Reservekorps sind zu belehren, daß es ihre Pflicht ist, durch Gehorsam gegen die Befehle der Reichsregierung die Heimat vor den von der Entente bereits eingeleiteten folgenschweren Maßnahmen zu bewahren.

Es wird daher in Ergänzung des Befehls vom 30. September angeordnet:

1. Die Truppen des sechsten Reservekorps sind unverzüglich mit Bahn und Fußmarsch bis in die Gegend von Schaulen zurückzuführen. Die Bahn ist in erster Linie für den Abtransport von Material zu benutzen. Von Schaulen ist die geschlossene Transportbewegung der gesamten Truppen nach Deutschland einzuleiten. Munition und Kriegsgerät, das, ohne den Abmarsch der Truppen zu verzögern, nicht befördert werden kann, ist zu vernichten, soweit die Gefahr vorliegt, daß es den Bolschewisten zugute kommt. Hierbei und bei dem Rückmarsch der Truppen sind alle Beschädigungen von Telegraphenleitungen, Eisenbahnen, Brücken oder sonstigem staatlichen oder privaten Eigentum unbedingt zu vermeiden, soweit nicht die dringende Rücksicht auf die etwaige Gefechtslage eine Abweichung erfordert.

2. General Graf von der Goltz hat die zu 1 notwendigen Befehle zu erlassen und die Bewegung nor der Uebergabe der Geschäfte an den Generalleutnant von Eberhardt einzuleiten.

3. Allen Heeresangehörigen, die dem Abmarschbefehl nicht Folge leisten, sind keine Gebührnisse mehr zu bezahlen.

Zweiter Befehl. An das A. O. K. Nord, Colberg.

Sämtlichen unterstellten Truppen, insbesondere denen im Baltikum, ist telegraphisch zu befehlen: Der Uebertritt in russische Dienste ist verboten. Bisher übergetretene Deutsche sind durch Vermittelung russischer Kommandostellen zur Rückkehr in deutsche Formationen aufzufordern. Die Rückkehrenden sind wegen der vorherigen Uebertritte zu den Russen nicht nachträglich zur Rechenschaft zu ziehen. Der Uebertritt von heute ab ist strafbar. Die Nichtrückkehr bringt den Verlust aller deutschen Ansprüche mit sich.

## Das neue Reichswahlgesetz.

WTB. Berlin, 4. Oktober. (Drahtnachricht.) Eine Berliner Zeitung behauptet in ihrer Morgenausgabe vom Sonnabend, das neue Reichswahlgesetz befinde sich im letzten Stadium der Vorbereitung. Diese Nachricht ist unzutreffend. Der vom Verfassungsausschuß der Nationalversammlung seinerzeit eingesetzte Unterausschuß ist zu einem endgültigen Beschluß über die Ausgestaltung des Verhältniswahlrechts noch nicht gekommen. Seine Vorschläge werden dann erst in den Verfassungsausschuß selbst gehen. Bevor sich dieser in der Sache nicht grundsätzlich schlüssig gemacht hat, kann die Regierung an die Ausarbeitung des Gesetzentwurfes nicht herantreten.

## Adolf Damaschke — Eberts Nachfolger?

Hamburg, 4. Oktober. (Eigene Drahtnachricht.) Angehörige aller Parteien veröffentlichen hier einen Aufruf zur Neuwahl des Reichspräsidenten, die verfassungsgemäß bald erfolgen muß. In dem Aufruf wird der bekannte Bodenreformer Adolf Damaschke für das Amt des Reichspräsidenten vorgeschlagen.

## Die Sachverständigen des Untersuchungsausschusses.

WTB. Berlin, 4. Oktober. Der Untersuchungsausschuß der Nationalversammlung hat beschlossen, als Sachverständige zunächst Professor Bonn und Graf Monts zu vernehmen. Vorsitzender des ersten Unterausschusses für Vorgeschichte ist Dr. Quark (Soz.), des zweiten Warmuth (Dn.) für das gesamte Gebiet; Vorsitzender des dritten Ausschusses, militärische Fragen, ist Abgeordneter Bolz (Ztr.), des vierten, wirtschaftliche Maßnahmen, Dr. Landsberg (Soz.).

## Eine angebliche Aeußerung Erzbergers.

WTB. Berlin, 4. Oktober. In den Kreisen der Angehörigen von Kriegsgefangenen wird eine angeblich von einem Kriegsinvaliden in einer Versammlung in Altona geäußerte Behauptung verbreitet, daß in allen Lagern der deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich ein Schriftplakat angeschlagen sei, das als Aeußerung eines Mitgliedes der deutschen Regierung die Wort enthalte: „Wir brauchen die Kriegsgefangenen nicht, wir haben Arbeitslose genug." Es wurde gleichzeitig behauptet, daß dieser Satz vom Reichsminister Erzberger stamme. Die Regierung hat eine Untersuchung eingeleitet, ob diese Aeußerung in jener Versammlung tatsächlich gefallen ist, und ob solche Schriftplakate in französischen Gefangenenlagern existieren. Heute schon kann aber ein für allemal festgestellt werden, daß niemals, weder der Reichsminister Erzberger noch sonst ein Mitglied der deutschen Regierung eine derartige gefühlsrohe, treulose Aeußerung getan hat. Vielmehr hat die Reichsregierung, wie der Reichspräsident Ebert vor den zurückkehrenden Kriegsgefangenen in Göttingen betonte, seit Jahr und Tag keine Mittel unversucht gelassen, um die Rückkehr unserer unglücklichen Brüder aus der Gefangenschaft zu beschleunigen. Die Angehörigen unserer Kriegsgefangenen werden dringend gebeten, derartigen falschen Gerüchten, die zum Teil offensichtlich zu innerpolitischen Zwecken erfunden und verbreitet worden, keinen Glauben zu schenken.

## Wilsons Gesundheitszustand.

WTB. Washington, 4. Oktober. (Reuter.) Der von dem Arzte Wilsons, Grayson, herausgegebene Krankheitsbericht über die letzte Nacht Wilsons besagt, daß der Präsident sehr krank ist.

WTB. Amsterdam, 4. Oktober. „Telegraaf" meldet aus New York: Das Befinden Wilsons ist nach Mitteilung seines Arztes keineswegs günstig. Zwei bekannte Nervenärzte wurden aus Philadelphia herbeigerufen.

WTB. Amsterdam, 4. Oktober. (Drahtnachricht.) „Telegraaf" meldet aus London, daß mit Ausnahme seiner Familie niemand Wilson besuchen darf. Ein Besuch König Alberts wurde abgelehnt. Offenbar leidet der Präsident an einer äußerst schweren Nervenerschöpfung.

## Abgelehnte Abänderungsanträge.

WTB. Washington, 4. Oktober. (Reuter.) Der Senat hat alle Abänderungsanträge des Senators Fall abgelehnt mit Ausnahme eines Antrages, in dem vorgeschlagen wird, daß Amerika in dem Ausschuß für Wiedergutmachung nicht vertreten sein soll. Hierüber wird später beraten werden.

WTB. Amsterdam, 4. Oktober. Das Pressebureau Radio meldet: Senator Hitchcock erklärte, das Ergebnis der Abstimmung über den Abänderungsantrag des Senators Fall sei ein Signalsignal für die Kräfte, die auf die Ratifikation des Friedensvertrages ohne seine tödlichen Giftzähne hinarbeiten. Die Abstimmung beweise, daß der Senat entschlossen sei, den Friedensvertrag nicht an die Pariser Konferenz zurückzuverweisen. Senator Lodge erklärte, die Abstimmung beweise schlagend, daß der Vertrag durch Vorbehalte radikal abgeändert werden müsse, da er sonst mit mehr als den dafür benötigten Stimmen abgelehnt würde. Dies stehe fest, denn man habe nie erwartet, daß der Abänderungsantrag Fall, der der schwächste aller Anträge sei, von so viele Senatoren unterstützt werden würde. Der „Star" schreibt, bei der Abstimmung über den Abänderungsantrag Fall handle es sich eigentlich um die Frage, ob der Friedensvertrag an die Friedenskonferenz zurückverwiesen werden solle. Von 83 anwesenden Senatoren stimmten 58 gegen die Rückverweisung, 30 dafür.

## Der Ententerat tagt weiter.

Genf, 4. Oktober. (Eigene Drahtnachricht.) Einer Havasmeldung zufolge beabsichtigt der Pariser Ententerat auf eine Unterbrechung seiner Sitzungen zu verzichten, weil der italienisch-jugoslavische Konflikt stets bedenklicher werde.

## Eine Erklärung Tschitscherins.

### Die Friedenssehnsucht der Führer des russischen Bolschewismus.

WTB. Versailles, 4. Oktober. (Drahtnachricht.) Der Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten in Moskau Tschitscherin hat nach einem Radiotelegramm folgende Erklärung abgegeben:

Wir sind bereit, in jedem Augenblick Frieden zu schließen, vorausgesetzt, daß militärische Operationen auf dem Gebiete des ehemaligen Kaiserreiches sofort eingestellt werden und die Blockade der Alliierten aufgehoben wird. Wir wollen niemandem, wer es auch sei, den Kommunismus aufzwingen. Die Blockade hat uns großen Schaden zugefügt.

## Ende der Bolschewistenherrschaft in Archangelsk.

Kopenhagen, 4. Oktober. (Eigene Drahtnachricht.) Der norwegische Dampfer „Mitternachtssonne" traf aus Archangelsk mit 60 Skandinaviern an Bord ein, die berichten, daß in Archangelsk die Bolschewisten abgewirtschaftet hätten, von denen viele verhaftet wurden. Es werden freiwillige Abteilungen gebildet, die an die Front zum Kampfe gegen die Bolschewisten abgehen. Das Geschäftsleben ist völlig vernichtet. Die meisten Läden sind geschlossen worden, weil es an Waren fehlt. Im Hafen herrscht reges Leben. Dort liegen zahlreiche Transportschiffe.

Aus Helsingfors wird telegraphiert: Nach amtlichen Mitteilungen in russischen bolschewistischen Zeitungen sind in den letzten sechs Monaten in Petersburg 40 000 Personen gestorben, während im gleichen Zeitraum nur 5800 Geburten gemeldet wurden. In Reval ist das Gerücht verbreitet, daß Lenin gestürzt worden sei und im Kreml gefangen gehalten werde. Die Macht sei zurzeit in den Händen Dschinskis.

## Zur Frage der Einwohnerwehren.

### Einwohnerwehren, das dringendste Bedürfnis unserer Zeit.

Im „Reichsbürger", dem neuen Organ des Reichsbürgerrats, nimmt Dr. Erdmann-Rendsburg vom Verband der Bürgerräte der Provinz Schleswig-Holstein erneut zur Frage der Einwohnerwehren Stellung. In Anbetracht des Umstandes, daß in einzelnen Städten unseres Bezirks Einwohnerwehren immer noch nicht vorhanden sind, lassen wir die Ausführungen im „Reichsbürger" hier folgen:

Wenn nicht alle Zeichen trügen, so stehen in diesem Herbst neue, schwere Unruhen im Deutschen Reich zu erwarten. Einmal müssen sich einsichtige Köpfe der Tatsache bewußt sein, daß die Spartakisten immer noch nicht auf die Durchführung ihres Traumes, die Einführung der Rätediktatur, verzichtet haben. Es ist den in Betracht kommenden Stellen zur Genüge bekannt, daß Umtriebe und Verschwörungen in allen großen Städten des Reiches wühlen und die niedergedrückte Stimmung, die der Friedensvertrag im Reiche ausgelöst hat, benutzen, um ihre Machenschaften zu fördern. Ferner spricht die schwere wirtschaftliche Notlage, die durch den Kohlenmangel bedingt ist und die im Winter zur großen Katastrophe führen wird, ein sehr gewichtiges Wort bei diesen Wühlereien mit und veranlaßt selbst ruhig denkende Personen, zur Gewalt zu greifen und etwaige Putschversuche zu unterstützen. Wenn also nicht alle Zeichen trügen, so stehen uns unruhige Wochen und Monate in diesem Winter bevor, und es ist noch nicht abzusehen, was das Endergebnis derartiger Wirkungen sein wird.

Haben wir nun im Deutschen Reiche Mittel und Wege, um derartige Wirren und ihre Folgen zu verhindern? Diese Frage kann mit einem glatten „Nein" beantwortet werden. Das Deutsche Reich verfügt, wieder infolge des Friedensvertrages, heute nicht mehr über die Kräfte, die notwendig wären, um einen allgemeinen Aufstand niederzuwerfen. Selbst wenn die Zuverlässigkeit der Truppen keinem Zweifel unterzogen zu werden brauchte, so reicht doch die geringe Zahl der vorhandenen Streitkräfte der Regierung nicht aus, um die Sicherheit, Ruhe und Ordnung der Bürgerschaft zu gewährleisten. Die Regierung muß deshalb, wenn sie sich selbst zum Wohl der Allgemeinheit erhalten will, Sorge tragen, eine stärkere Macht, als sie sie jetzt zur Verfügung hat, zu schaffen. Und das Bürgertum muß aus eigenem Interesse heraus, selbst wenn es mit der Regierung in der heutigen Form nicht einverstanden ist, diese Bestrebungen, die auf Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung gerichtet sind, unterstützen.

Eine Unterstützung ist aber nicht mit Worten und mit der Sympathie allein möglich, es muß vor allen Dingen zur Tat geschritten werden. Eine Tat aber ist es, wenn in rechter Erkenntnis der Sachlage alle die Männer im Reich, die die Waffen führen können, und denen an der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung gelegen ist, sich zusammentun in einer Einwohnerwehr, um die bedrohten Städte vor Wirren und Unruhen zu schützen. Die Regierung wünscht die Bildung einer Einwohnerwehr auf das sehnlichste, traut jedoch leider zu dieser Gründung Mittel, die die Gründung selbst auf das empfindlichste schädigen. Es ist immer noch die Einwilligung der Stadtverwaltung zu der Gründung von Einwohnerwehren notwendig, und in einer geradezu verblendeten Kurzsichtigkeit wird diese Einwilligung häufig verweigert. Gerade die Magistrate sind es, die eine unendliche Verantwortung auf sich laden, denen der Fluch der ganzen Bürgerschaft zukommt, wenn plötzlich die Ereignisse schneller laufen, als die Gedanken des Magistrats es tun.

In den Städten, in denen die Spartakisten einmal praktisch gehaust haben, ist denn auch die Stimmung der Bevölkerung für die Einwohnerwehr allgemein vorhanden. Bremen, Stettin, andere Städte haben aus ihrer Einwohnerschaft heraus Truppen gebildet, die die Stadt vor allen Eingriffen mißleiteter Massen schützen können und geschützt haben. Aber es wäre verkehrt, wenn nur die unmittelbar bedrohten Städte oder die Städte, die bereits darüber Erfahrung gemacht haben, sich auf die Organisation ihrer Verteidigung einließen. Es ist selbstverständliche Pflicht auch derjenigen Städte, die bisher noch nicht unter derartigen Revolten gelitten haben, an den Ernstfall zu denken und alles für diesen Ernstfall vorzubereiten. In der Stunde der Not, in der Stunde der Feuersbrunst kann eine Feuerwehr nicht mehr über den Ankauf einer Feuerspritze verhandeln, sie muß vorher vorhanden sein, wenn sie rechtzeitig auf dem Brandplatz erscheinen soll. Angesichts der riesengroßen Gefahr des Ausbruchs schwerster Unruhen im Herbst und Winter müßte in

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19191005017/fragment/page=0001

jeder Staat reichlich in die Gründung einer Einwohnerwehr gedacht werden. Wenn der Widerstand der Behörden überwunden ist, oder wenn etwa gar die Behörde die Führung dieser Angelegenheit übernehmen will, dann ist es sicher anzunehmen, daß aus den Kreisen der gedienten Soldaten heraus eine große Reihe zuverlässiger junger Männer sich zur Einwohnerwehr drängen und dort den gewohnten Waffendienst für einige Zeit wieder ausüben. Eine Nacht in der Woche wird wohl schließlich jeder junge Mann, dem das Wohl seiner Vaterstadt am Herzen liegt, auf Wache zubringen können, um sich und seine Lieben vor Ueberfällen zu sichern. Die Organisation der Einwohnerwehr selbst wird von erfahrenen Soldaten gern in die Hand genommen werden. Es ist anzunehmen, daß allein das Vorhandensein einer erprobten Einwohnerwehr ausreichen wird, um etwaige Unruhen im Keim zu ersticken.

## Wirrwarr oder Absicht?

Bei Beratung des Betriebsrätegesetzes hatte die Deutsche demokratische Partei den Antrag gestellt, daß Arbeiterobleute in landwirtschaftlichen Betrieben nur dann eingeführt werden sollten, wenn mindestens zehn nicht zur Familie des Unternehmers gehörige ständige Arbeiter vorhanden sind. Sie hat dann nachträglich diesen Antrag noch weiter dahin verschärft, daß diese ständigen Arbeitskräfte ausschließlich für den Betrieb beschäftigt sein müßten. Damit fällt das Hausgesinde auch noch aus dem Gesetz heraus, und von den 5,7 Millionen landwirtschaftlichen Betrieben wären nur etwa 50 000 überhaupt von diesem Gesetze betroffen worden.

Was tat nun die Deutschnationale Volkspartei? Einer ihrer Abgeordneten, Herr Dr. Roesicke, verlangte, daß die Landwirtschaft ganz aus diesem Gesetz herausgenommen und ein besonderes Gesetz für sie gemacht werden solle. Die Mehrheit seiner Parteigenossen dagegen beantragte, daß schon bei 5 Arbeitskräften auch in den bäuerlichen Betrieben ein Obmann gewählt werden müsse, und der deutschnationale Abg. Behrens begründete diesen Antrag damit, daß das, was dem industriellen Arbeiter recht sei, auch dem ländlichen Arbeiter zugebilligt werden müsse. Ein größerer Gegensatz läßt sich kaum denken, sind diese seine natürliche Erklärung darin, daß die Deutschnationale Volkspartei auch gegenüber der Landwirtschaft absichtlich ein doppeltes Spiel treibt. Mit der einen Hand versucht sie den Bauern zu streicheln, während sie mit der anderen den radikalsten Forderungen der Linken Vorschub leistet, um die Gewaltherrschaft und Unvernunft immer stärker werden zu lassen und dadurch für ihr Parteiinteresse im Trüben fischen zu können.

Für die Deutschnationalen ist die Unvernunft der radikalen U. S. P. D das Mittel zum Zweck. Und die Unabhängigen schlagen aus dem reaktionären Dreckgängertum eines Roesicke und Genossen ihrerseits Kapital. Die Herrschaften verstehen sich dabei ganz ausgezeichnet. Denn in Jauer wählen in der Stadtverordnetenversammlung die Deutschnationalen den sozialdemokratischen Kandidaten. In Neukölln kommandieren die Unabhängigen fünf Fraktionsmitglieder zur Stimmenabgabe für die reaktionäre bürgerliche Liste ab. In Torgau helfen die Unabhängigen einem ausgesprochen reaktionären konservativen Landrat, der von den Deutschnationalen aufgestellt war, in den Sattel, und kurze Zeit darauf wird einer der Hauptführer der Unabhängigen wohlbestallter Kreisbohrmeister, während ein anderer Genosse zum Sekretär des (wie Eingeweihte wissen) unter deutschnationaler Fürsorge stehenden Landarbeiterverbandes aufrückt. Gleichzeitig wettert in seinen Versammlungen der deutschnationale Abg. Rektor Herrmann gegen das gleiche Wahlrecht und trägt für die Wiederaufrichtung des zusammengebrochenen Systems die Sturmfahne voran. Mehr kann man wirklich kaum verlangen. Eine solche Vielseitigkeit ist nicht mehr zu übertreffen und beleuchtet auch außerordentlich wirkungsvoll die wahre Absicht, die hinter dem Jahrmarktsgeschrei der deutschnationalen Presse nach einer „nationalen Sammlung" steckt. th.

### Erfolge gegen die russischen Bolschewisten.

WTB. Archangelsk, 4. Oktober. Havas. Ein Radio-Telegramm aus Moskau bestätigt, daß die Kosaken des Generals Marmontow in Woronesch eingezogen sind. Die roten Truppen zogen sich auf der ganzen Front zurück. Die Bevölkerung ist dem General Marmontow überall behilflich, der auch einige tausend Werst Eisenbahnschienen wegnehmen und die telegraphischen Verbindungen unterbrechen läßt.

### Bomben in einer Kommunistenversammlung.

WTB. Amsterdam, 4. Oktober. Die „Times" berichten aus Helsingfors, daß einer von bolschewistischen Blättern vom 25. September gebrachten Meldung zufolge während einer Versammlung des Vorstandes der kommunistischen Partei in Moskau zwei Bomben in die Versammlung geworfen wurden. Mehrere Personen wurden getötet, andere schwer verwundet.

## Dalmatien — das nächste Ziel d'Annunzios.

Basel, 4. Oktober. (Eigene Drahtnachricht.) Das Pressebureau meldet aus Spalato, daß italienische Flugzeuge Aufrufe d'Annunzios niederwerfen, in welchen er anzeigt, daß er über genügend Truppen verfüge, um Spalato und Dalmatien bis Cattaro zu besetzen.

### Aufgedeckte Verschwörung in Portugal.

Frankfurt a. M., 4. Oktober. (Eigene Drahtnachricht.) Aus Madrid wird der Frankfurter Zeitung berichtet: Die innerpolitische Lage in Portugal ist andauernd verworren und schwankend. So wurde im Verlaufe des 17. September in der Fozia, dem Hauptplatz von Lissabon, eine Schar von Verschwörern verhaftet, die sich, wie amtlich ermittelt wurde, vorgenommen hatten, den Aufruhr mit einer Plünderung der Edelwarenläden einzuleiten und sodann ein Fort zu stürmen. Der Ministerpräsident äußerte sich hierüber zu Journalisten, in der Tat habe die Regierung in Erfahrung gebracht, daß eine Verschwörung bestehe, die den Zweck verfolge, einen Teil des Heeres abtrünnig zu machen. Die Leute, die uns bekannt sind, werden scharf bewacht. Wenn es schon einige Offiziere unter den Verschwörern gebe, so sei das Heer im allgemeinen der Republik treu. Wo es zum offenen Aufruhr käme, werde er sofort niedergeworfen werden.

### Fiasko des spanischen Eisenbahnerstreiks.

WTB. Amsterdam, 4. Oktober. Wie die „Times" aus Madrid meldet, ist der geplante Eisenbahnerstreik in Spanien nicht durchgesetzt worden.

## Das Ende des englischen Eisenbahnerstreiks.

**Entgegenkommen der Regierung in der Lohnfrage.**

Haag, 4. Oktober. (Eigene Drahtnachricht.) Aus London wird gemeldet: Gestern fand wieder eine Konferenz Lloyd Georges mit Vertretern der Maschinenarbeiter- und anderer Gewerkschaften statt, doch wurde, wie Thomas erklärte, keine Einigung erzielt. Lloyd George erhielt ein Telegramm aus einem wichtigen Eisenbahnerzentrum, in dem mitgeteilt wird, daß der Präsident der Eisenbahnen das Versprechen erhalten habe, die Streikenden würden heute die Arbeit wieder aufnehmen, wenn ihnen zugesichert wird, daß die Löhne nicht vor Ende März nächsten Jahres herabgesetzt werden. Lloyd George hat in zustimmendem Sinne geantwortet. Der Eisenbahnerstreik nimmt beständig ab, da immer mehr Streikende die Arbeit aufnehmen.

### Das Schicksal Westungarns.

Budapest, 4. Oktober. (Eigene Drahtnachricht.) Hier verlautet, daß der Wiener Besuch des ungarischen Außenministers Grafen Sommisch mit der westungarischen Frage im Zusammenhang stehe. Die ungarische Regierung ist nämlich an die österreichische Regierung mit dem Vorschlage herangetreten, sie in der Ernährung weitgehendst zu unterstützen, falls Westungarn bei Ungarn verbleibe. Es soll sogar ein direkter Kompensationsvertrag gemacht worden sein. Die Stellungnahme der Reichsregierung zu dieser Absicht dürfte im Laufe der bevorstehenden Konferenz endlich klar in Erscheinung treten.

## Beunruhigte Stimmung in Wien.

WTB. Wien, 3. Oktober. Die Deutschösterreichische Staatskorrespondenz schreibt: Die von unbekannter Seite ausgestreuten Gerüchte, als wolle die Arbeiterschaft einzelner Betriebe sich selbst bewaffnen, entbehren jeder Grundlage. Der Wahrheit entspricht wohl, daß die Arbeiterschaft vieler Betriebe sich durch die Ausstreuungen über einen monarchistischen Putsch beunruhigt fühlt. Obwohl sich nicht leugnen läßt, daß einzelne Persönlichkeiten monarchistische Zettelungen betrieben haben, liegt doch in dieser Hinsicht kein ernster Grund zur Beunruhigung vor.

## Deutsche Nationalversammlung.

WTB. Berlin, 4. Oktbr. Am Ministertische: Dr. Bell.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Minuten.

Die Ergänzung zum Entwurf des Reichshaushaltsplanes für 1919 und die siebente Ergänzung des Besoldungsgesetzes werden dem Haushaltsausschuß überwiesen.

Darauf wird eine Reihe von Petitionen debattelos erledigt. Zu der Petition betreffend die Zeitungsberichterstattung über die Reichstagsverhandlungen wünscht

Abg. Kunert (U. S.), daß der stenographische Bericht über die

**Verhandlungen zum Selbstkostenpreise**

käuflich gemacht werde, ein verkürzter objektiver Bericht aber in etwa einer halben Million Exemplaren veröffentlicht werden möge, letzterer zu einem mäßigen Preise.

Der Bericht des Ausschusses für Volkswirtschaft über die Bildung eines Stickstoffsyndikates wird ohne Aussprache erledigt.

Nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr: Anfragen und zweite Lesung des Haushaltes (Reichsministerium, Reichskanzlei usw.). Schluß gegen 2 Uhr.

## Heimtransport von Gefangenen.

WTB. Hamburg, 4. Oktbr. (Drahtnachricht.) Nach Mitteilung der Marine-Schiffsbesichtigungskommission sollen von den am 3. Oktober nach England auslaufenden Gefangenentransportdampfern „Otawa" unsere Gefangenen nach Wilhelmshaven, „Bagdad" und „Villareale" solche nach Bremerhaven und „Melilla" nach Cuxhaven bringen.

### Vereidigung des württembergischen Staatspräsidenten

WTB. Stuttgart, 4. Oktober. Im Landtag leistete heute Staatspräsident Blos den Eid auf die Verfassung. Landtagspräsident Keil sprach im Anschluß hieran dem Staatspräsidenten Dank und Vertrauen aus. Gleichzeitig beglückwünschte er ihn zur Wiedergenesung und zu seinem morgigen 70. Geburtstag. Blos dankte und versprach, alles in seinen Kräften liegende zu tun, was zur Gesundung des Landes beitragen könne.

## Deutsches Reich.

### Mandatsniederlegung in Sachsen.

WTB. Dresden, 4. Oktober. Die Abgeordneten der sächsischen Volkskammer, Staatsminister a. D. Dr. Koch (D. Vpt.) und Frau Geyer (U. S.), haben ihre Mandate niedergelegt.

## Ausland.

### Italiens Gesandter in Wien.

WTB. Wien, 3. Oktober. Als Gesandter Wiens ist Marchese Torretta in Wien eingetroffen. Torretta wird nunmehr die normalen Beziehungen zwischen Italien und Deutsch-Oesterreich eröffnen. Die Gesandtschaft wird ihren Sitz im Palast der früheren italienischen Botschaft am Rennweg haben.

### Rassenkämpfe in Arkansas.

WTB. Helena (Arkansas), 2. Oktober. (Reuter.) Heute sind die Rassenkämpfe wieder aufgelebt. Vier Neger und ein Weißer wurden getötet, zwei Soldaten schwer verwundet. Auf den Gouverneur von Arkansas wurde geschossen.

### Belgiens Königspaar in Amerika.

WTB. Amsterdam, 3. Oktober. Reuter meldet aus New York, daß der Dampfer „George Washington" mit dem belgischen Königspaar angekommen ist. Der König hat sich an Land begeben und in einer Botschaft an das amerikanische Volk seiner Freude über seinen Besuch in Amerika Ausdruck gegeben.

## Aus der demokratischen Bewegung.

Falkenberg, 4. Oktober. In Falkenberg fand am Freitag eine Sitzung von Vertretern der östlichen Kreisvereine der demokratischen Partei statt. Das Ergebnis der Verhandlungen, an denen Herr Generalsekretär Dornblüth teilnahm, bestand in dem einmütig gefaßten Beschlusse, daß sofort durch eine in Bereitschaft stehende rednerische Kraft mit einer energisch betriebenen und systematisch geleiteten Organisations- und Agitationsarbeit begonnen werden soll.

## Sport-Nachrichten der „Saale-Zeitung".

**Hockey.**

Die 1. Hockeymannschaft des V. f. B. (Halle 96) führt Sonntag früh 7,40 Uhr nach Leipzig zum Spiel gegen den V. f. B. Leipzig 1. Mannschaft. Halle spielt erstmalig in stärkster Aufstellung — Tor Huth, Rechband, Hilfert, Sachse, Zerce, Bartram, Frischen, Molsberger, Mühlberg, Holdewig, Schwere — so darf man hoffen, die Leipziger auch diesmal wieder zu schlagen. Das erste Spiel im August gewann Halle mit 1:0.

**Verschiedenes.**

Verein für Leibesübungen in Halle. Die am 29. September abgehaltene Vorstandssitzung hat ein genaues Arbeitsprogramm aufgestellt und in mancher Beziehung bereits ersprießliche Arbeit geleistet. Die nächste Sitzung des Gesamtvorstandes findet am 8. Oktober, abends 8 Uhr, im Vereinsheim statt, während die Mitgliederversammlung am 9. Oktober, abends 8 Uhr, im Schulbeiß, Poststraße, stattfindet.

## Provinzial-Nachrichten.

**Der Streik auf dem Bubendorfer Kohlenwerke**

bei Frohburg ist vorübergehend beigelegt. Eine von der Belegschaft an das Arbeitsministerium in Dresden entsandte Abordnung erzielte keinen nennenswerten Erfolg. Ihr wurde erklärt, daß am Montag ein Minister zur Verhandlung nach Frohburg kommt. Es ist lediglich der Besonnenheit der Belegschaft zu verdanken, daß das Allgemeininteresse nicht weiter durch Stillegung des Betriebes gefährdet wurde. Die moralische Verantwortung an diesen dreitägigen Streik trägt leidglich die sächsische staatliche Regierung. Er hätte vermieden werden können, wenn nicht die Machthaber im Arbeitsministerium, dessen Geheimräte von alter Schule sind und mit unzeitgemäßen Mitteln arbeiten, derartige, gegen das Gesetz verstoßende Gewaltmaßnahmen ergriffen hätten.

Lochau, 4. Okt. (Durch einen erheblichen Kartoffeldiebstahl) wurde eine hiesige Kriegerwitwe empfindlich geschädigt. Diebe statteten nachts ihrem Kartoffelacker einen Besuch ab und entwendeten zirka 10 bis 12 Zentner, womit sie spurlos verschwunden sind. Gleichzeitig sind auch noch bei anderen Besitzern in den letzten Nächten Kartoffeldiebstähle verübt worden. Darunter bei einem Landwirte ein solcher von 16 Zentnern.

e. Weißenfels, 4. Okt. (Wohnungsnot. — Geschäftsjubiläum. — Rücktritt.) Der Magistrat warnt in einer Bekanntmachung infolge der großen Wohnungsnot vor Zuzug nach Weißenfels. — Die Eisengießerei und Maschinenfabrik Haddick u. Roethe beging am 1. Oktober das 50jährige Geschäftsjubiläum. — Steuersekretär Hering trat am 1. Oktober nach 36jähriger Dienstzeit in den Ruhestand

Merseburg, 4. Okt. (Beendigung des Streiks der Zimmerleute auf dem Leunawerk.) Die bewilligten 2 Prozent über die Forderung der Streikenden von 15 Prozent Teuerungszulage hinaus sind nicht als Ausgleich für den Lohnausfall während der Streikzeit an Stelle der von der Streikleitung geforderten einmaligen Entschädigung, sondern als Ausgleich gegenüber den höheren Löhnen bei der Badischen Anilin- und Sodafabrik bewilligt worden. Ausdrücklich muß bemerkt werden, daß eine Entschädigung für die Streikzeit nicht bewilligt worden ist.

Neuhaldensleben, 3. Okt. (Für 30 000 Mark Felle gestohlen.) In der Handschuhfabrik von Albrecht hier sind Felle im Werte von etwa 30 000 Mark gestohlen worden. Für die Wiederherbeischaffung hat der Geschädigte eine Belohnung von 5000 Mark ausgesetzt.

Zerbst, 4. Okt. (Große Viehaufkäufe für die Entente.) Zur Viehablieferung Anhalts machte Geheimrat Säuberlich in einer Versammlung des landwirtschaftlichen Vereins in Bernburg bemerkenswerte Mitteilungen: Die Landwirtschaftskammer ist zu der Ansicht gekommen, daß es wahrscheinlich möglich sein wird, von der Zwangslieferung abzusehen und die Tiere im freien Handel zuzukaufen. Es ist in Aussicht genommen, die Kühe in den Kreisen Dessau und Zerbst aufzukaufen. Der Händler soll die Verpflichtung haben, das Vieh, das von der Kommission nicht abgenommen wird, auf eigene Gefahr zurückzunehmen. Seine Provision ist auf 150 Mark festgesetzt worden. Wird das Tier bei der Abnahme höher eingeschätzt, so wird die Differenz zu neun Zehntel dem Landwirt und ein Zehntel dem Händler zugute kommen. Aus den Kreisen Dessau und Zerbst sollen Landwirte der Kommission angehören. Schafe sollen in den Kreisen Bernburg und Cöthen aufgekauft werden. Ziegen werden unbedingt nur im freien Handel aufgebracht. Pferde, belgischer Zucht, werden im ganzen Lande aufgekauft, und zwar von Kommissionen, die in den einzelnen Kreisen gebildet werden. Stuten sollen mit 9000 Mark oder bis zu 50 Prozent höher, und Hengste mit 18 000 Mark und 50 bis 100 Prozent höher bezahlt werden.

Meuselwitz, 3. Okt. (Erhöhte Kohlenförderung.) Die Kohlenförderung ist im hiesigen Bezirke im stetigen Steigen begriffen. Auf fast allen Werken hat sie bereits die Höhe der Vorkriegszeit erreicht, auf einigen Werken werden sogar noch größere Mengen als vor dem Kriege gefördert. Die Bereitwilligkeit zur Sonntagsarbeit stellt der Meuselwitzer Bergarbeiterschaft das beste Zeugnis aus. Leider herrscht allgemeine Klage, daß zu den Sonntagsschichten nicht die genügende Wagenzahl von seiten der Bahn gestellt wird.

Rudolstadt, 3. Oktober. (Ein schwerer Junge entsprungen.) Der kürzlich von der Rudolstädter Strafkammer zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilte, schon mehrfach vorbestrafte Porzellanarbeiter Paul Zeidner ist aus dem Gerichtsgefängnis entwichen.

Lengede, 3. Oktober. (100 Pfund Speck gestohlen.) Aus dem Lebensmittelmagazin der Grube Sophienglück Mathilde

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19191005017/fragment/page=0002